

1913  
848



# Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülften, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ  
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse  
der  
Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands.

Herausgegeben und redigirt von D. Allmann, Hamburg, Istastr. 15/17.

Erscheint alle 14 Tage, Sonnabends.

Offizielles Organ des Verbandes  
der  
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz in Hamburg).

Vereins-Anzeigen für die fünfgespaltene Beitzelle oder deren Raum 10  $\text{M}$ , Geschäfts-Anzeigen 15  $\text{M}$ , doch ist bei Einwendung von Letzteren der Betrag beizufügen.

Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.

Vereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 75  $\text{M}$  — Für Einzel-Abonnements pro Quartal  $\text{M}$  1.20.

## Die Zukunft der Gewerkschaften in Deutschland.

U. Die vorliegende Betrachtung soll kein Bellamy'scher Blick in das nächste Jahrhundert sein, sie bezweckt keineswegs, den Lesern zur Abwechslung in der reichstagslosen, der schrecklichen Zeit, eine Zukunftswelt vorzaubern und durch glänzende Schilderungen seinen Idealismus zu kräftigen, sondern sie soll in ernster und objektiver Weise die Frage zu beantworten versuchen, wie sich die nächste Zukunft der Gewerkschaften gestalten dürfte. Mit einigen Wenn und Aber ist es ja ein Leichtes, solche Zukunftsfragen abzuthun, und im Kurse der Plöchlheiten, wo man heute nicht weiß, was morgen geschehen kann, sind einige Einschränkungen und Vorbehalte nicht zu vermeiden; indes kann der ernste Sozialpolitiker, der sich eingehend mit den Gewerkschaften beschäftigt, auch ohne dunkle Zukunftsklauberien und journalistisch-glatte Seitensprünge ein Bild der nächsten Zukunft entwerfen, das sich auf seine Beobachtungen und seine Uebersicht stützt, und vor allzu weitgehendem Optimismus dürfte ihn schon die tägliche keineswegs erfreuliche Praxis bewahren. Aber auch allzu pessimistische Annahmen, bleiben Demjenigen ferne, der, selbst inmitten der gewerkschaftlichen, zwar nicht immer erfolgreichen, aber stets aufregenden Kämpfe stehend, mit nüchternem Blicke die Gewinn- und Verlustchancen abzuwägen gewohnt ist, und dabei auch im ungünstigsten Falle noch immer ein erfreuliches negatives Resultat in der Bloßlegung der Klassengegensätze und in der Stärkung des Klassenbewußtseins konstatieren kann. Und ist es auch nur der Boden für die nachfolgenden Kämpfe als einziger Erfolg des gewerkschaftlichen Wirkens, so hat doch damit die Gewerkschaft ihr Dasein vertheidigt und ihre nächste Zukunft sicher gestellt. Das Wort Bebel's auf dem Kölner Parteitage, das den Gewerkschaften jede Zukunft in der Folge der kapitalistischen Machtentwicklung absprach, hat nirgends weniger Anklang gefunden als in den Kreisen der thätigen Gewerkschaftler, und heute hat deren Widerspruch noch solche durchschlagende Beweisskraft, daß wenigen Parteigenossen nach dem Ruhme einer ähnlichen Bloßstellung gelüsten dürfte. Die allgemeine Ueberzeugung also erkennt an, daß die Gewerkschaften eine Zukunft haben, selbst in der kräftigsten kapitalistischen Entwicklung und selbst unter dem schlimmsten Lessing'schen, Bismarck'schen oder Köller'schen Regimente, die wohl eine der Ausläufer zerstören konnten oder könnten, nicht aber den keimfähigen Boden, der, durch die Opfer der Reaktionsperiode gedüngt, nur um so kräftigere Saaten emporsprossen läßt. Und wollte man sich an das Wort, an den Namen der Gewerkschaften klammern und diesen in ihrer heutigen Form die Möglichkeit allzu fernem Bestandes abdekretieren, so bleibt doch der wirtschaftliche Klassenkampf gegen das ausbeuterische Lohnsystem, im weitesten Sinne der Lohnkampf so lange bestehen wie die Ausbeutung selbst, und dieser Kampf wird sich stets Organisationen schaffen, die in ihren Grundzügen wenigstens den heutigen Gewerkschaften entsprechen.

Das Wesen der Gewerkschaften, der Grundzug, der ihnen Allen gemeinsam innewohnt, ist der Emanzipationskampf des vierten Standes gegen das Lohnjoch, der mit ihrem Kapital die menschliche Gesellschaft beherrschenden Klassen der Besitzenden, es ist die Auflehnung gegen das Joch der Lohnarbeit, das Frohnsystem des modernen Besitzes, und zugleich der Widerstand gegen alle nachtheiligen Folgen dieser Unterdrückung und Ausbeutung. Da jedoch die Lohnarbeit wiederum das Wesen des Kapitalismus darstellt, so ist die Ueberwindung des Lohnsystems identisch mit der Ueberwindung des Kapitalismus und mit der Aufhebung jeglicher Herrschaft und

Unterdrückung. Der vierte Stand ist hierbei also das Werkzeug der Befreiung aller unterdrückten Stände und Klassen, und zwar deshalb, weil seine Ausbeutung der Lebensnerv der kapitalistischen Gesellschaft ist und diese Ausbeutung zugleich die übrigen Stände auf das Niveau des vierten Standes, allgemein des Proletariats, herabdrückt. Entsprechend der wirtschaftlichen Grundlagen des Kapitalismus ist dieser Kampf zunächst ein wirtschaftlicher, der das Lohnsystem in seiner offen sichtlich Wirkung angreifen muß und daher auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages einzusetzen hat. Aber der Kapitalismus beherrscht auch die politische Macht, den Staatsapparat, was daraus ersichtlich ist, daß der Staat mit seinen Behörden, der Polizei, den Staatsanwälten und den Gerichten, sowie mit seinen Gesetzen die Lohnkämpfe der Arbeiter und deren zu diesem Zwecke gegründeten Organisationen verfolgt, und die Kämpfer im öffentlichen Interesse in seine Gefängnisse sperrt. Der Staat identifizirt sich hier mit den Interessen des Kapitalismus, oder richtiger gesagt, er funktioniert nach den Machtvorschriften des Kapitalismus, zu dessen Bekämpfung es sonach auch der politischen Aktion bedarf, um seine Machtstellung zu erschüttern. Zweifellos sind also die Grundzüge der gewerkschaftlichen wie der politischen Aktion die gleichen, denn wie der gewerkschaftliche Kampf zu seiner Ergänzung des politischen Kampfes bedarf, so hat auch die politische Aktion zur Voraussetzung den wirtschaftlichen Kampf gegen das Unternehmertum, ohne welchen sie jeglichen Boden verlieren und in der Luft hängen würde. Das Wesen beider Aktionen ist identisch und deckt sich in der Theorie mit dem einheitlichen Namen Sozialismus. Unter normalen Verhältnissen müßten beide Aktionen auch zur praktischen Einheit der Organisation zusammenfallen, in Deutschland umso mehr, als sich hier die Kapitalistenklasse rücksichtsloser als anderswo der Staatsmacht bedient, um die proletarischen Kämpfe zu unterdrücken; hier müßte der proletarische Klassenkampf eine einzige große Widerstandskaktion bilden, die auch im Aeußeren, in der Form, der Einheit nicht entbehrt. Wie bekannt, machen dies eine Anzahl einzelstaatlicher, aus der Reaktionsperiode nach 1849 stammender Vereinsgesetze für ganz Deutschland unmöglich; sie verbieten nicht die Organisation an sich, auch nicht die Verbindung der Organisationen untereinander, wohl aber in den meisten Fällen jede Verbindung zwischen Organisationen mit politischer Wirksamkeit. Einzelne Staaten gehen noch weiter und verbieten sogar die Verbindung zwischen Organisationen mit öffentlicher Wirksamkeit, oder machen sie von ministerieller Erlaubniß abhängig, die natürlich den Kampforganisationen der Arbeiter verjagt wird.

Die politisch wirkenden Organisationen haben sich unter diesen drückenden Verhältnissen eine Organisationsform geschaffen, die den Anforderungen der meisten Vereinsgesetze genügt, ohne das für politische Zwecke notwendige einheitliche Wirken in Frage zu stellen, den Lokalverein und das Vertrauensmännerystem. Das Vereinsgesetz stellt natürlich den wirtschaftlichen Kampforganisationen dieselbe Möglichkeit frei, und so könnte unter diesen Beschränkungen das Identitätsverhältnis auch äußerlich aufrecht erhalten werden. Aber die wirtschaftlichen Kämpfe erfordern mehr als das politische Wirken auch ein auferlokales geschlossenes Vorgehen, ein Inverbindungsreichen der Mitgliedschaften und noch mehr ihrer Leitungen, sofern die wirtschaftlichen Kämpfe von Erfolg sein sollen; denn die Organisationen der Unternehmer, die Industriellenverbände und Innungen sind alle interlokal und geschlossen, und würden durch ihr zentralisiertes Vorgehen jede wirtschaftliche Aktion ausichtslos machen, wollten die Arbeiter bei ihren Lohn-

kämpfen auf die gleiche Machtentfaltung verzichten. Andererseits aber würde jeder Lohnkampf größeren Stils mit Naturnothwendigkeit solche Verbindungen erheischen und die gesammte Organisation des Proletariats in Frage stellen, wenn dieselbe eine einheitliche wäre; jeder Streik könnte zu ihrer Auflösung führen. Unter solchen Verhältnissen ergab sich schon seit Jahrzehnten die Zweckmäßigkeit der Trennung der wirtschaftlichen von den politischen Kämpfen, wobei die Nothwendigkeit, die ersteren so intensiv zusammenfassend wie möglich auszugestalten, zur Gründung oder Entwicklung straffer Zentralisationen führte, während für die extensive Thätigkeit der politischen Organisation die vorgenannte Form sich als vorläufig genügend erwies. Diese lediglich aus juristischen Rücksichten diktirte Trennung hat das Wesen beider Aktionen keineswegs verändert oder getrennt, wenigstens bis heute nicht, sondern nur den Thätigkeitsbereich jeder einzelnen, das, was dem gesetzlichen Maßstab untersteht, eingeschränkt. Umso mehr aber sind darnach beide Aktionen aufeinander und jede auf die fördernde Thätigkeit der Anderen angewiesen, wenn ein gedeihliches Wirken im Interesse der gleichen Ziele erreicht werden soll; anderenfalls würde die juristische Trennung zur thatsächlichen Scheidung führen, die überhaupt jeden Erfolg beider Aktionen in Frage stellen würde. Die Gewerkschaftsbewegung darf in Verfolgung greifbarer Vortheile in den Lohnkämpfen nie den Einfluß derselben auf die allgemeine Entwicklung der Verhältnisse außer Acht lassen, während die politische Bewegung sich nie auf Gebiete verlieren darf, die die Gewerkschaftsbewegung oder die wirtschaftlichen Kämpfe schädigen würden. Ihren Interessen gemäß bestehen die Gewerkschaften fast nur aus Lohnarbeitern, und zwar, da den landwirtschaftlichen Arbeitern und dem Gesinde jegliche Koalition verboten ist, aus gewerblichen und industriellen Lohnarbeitern, deren Interessen denen der kapitalistischen Gesellschaft diametral entgegenstehen.

Auch die Gewerkschaften können auf Abwege gerathen, können Sonderinteressen verfolgen und die allgemeine Entwicklung zeitweise zurückhalten, statt sie zu fördern, wie die englischen Trades-Unions nach der Niederlage der Chartistenbewegung bis vor wenigen Jahren; aber jeder solche Verirrung müßte sich frühestens an ihnen selber rächen und ihnen über kurz oder lang als schädigend zum Bewußtsein kommen. Und schon das Bestehen einer jungen und kräftigen politischen Bewegung, sowie das Angewiesensein auf politische Eroberungen schließen bedenkliche Abweichungen in Deutschland gänzlich aus. Hier ist vielmehr die Gewerkschaftsbewegung für die weitere Entwicklung das revolutionäre Leitmotiv, das Agens, das sich nach Naturgesetz dem Kapitalismus gegenüberstellt, und zugleich der natürliche Prüfstein, an welchem sich die politischen Interessen der proletarischen Bewegung am ehesten erkennen lassen. Nicht so sehr sicher ist die politische Aktion, deren Erfolge um so geringere sind, als ihr Kampf sich gegen die zentralisierte Macht des Kapitalismus richtet, bestimmt, diesem die entscheidendsten Stöße zu versetzen. Gerade der Miskerfolg, die Hinauszuehung der Kämpfe sind geeignet, die politische Aktion auf Abwege und Seitenwege zu drängen, die wohl bedeutende parlamentarische Erfolge, aber die revolutionären Vortheile erreichen lassen. Wenn die politische Bewegung an die Kleinbauern und Kleinhandwerker wendet, um deren Interessen mit denen der Arbeiter zu vereinigen, so bietet dieser Weg zweifellos Aussicht auf neue Kämpfer und politische Machtvergrößerung, aber das revolutionäre Prinzip wird dadurch geschädigt und die gewerkschaftlichen Kämpfe erfahren durch das Eindringen eines Kleinbürger- und Kleinbauernthums in die Partei, das denselben gleichgültig oder kühl gegenübersteht, die empfindlichsten

**Rückschläge.** Wie drückend diese Situation auf der Gewerkschaftsbewegung lastet, beweist die Entwicklung der letzten Jahre, die mit dem Agrarprogramm ihre vorläufige Krönung fand. Hätte sich die Partei an dessen Stelle für die Koalitionsfreiheit und Emanzipation der Landarbeiter und des Gesindes in's Besondere gelegt, so würde die gewerkschaftliche Bewegung, im Mittelpunkte des Interesses stehend, eine lebhaftere Förderung erfahren, und den Gewerkschaftlern würde es eine Freude sein, als Einzelpersonen sich an diesen politischen Kämpfen zu beteiligen, deren Erfolg doch ihnen wiederum zu Gute kommen mußte. Für das Agrarprogramm dagegen begeistern sich vorwiegend die Kleinbürgerlichen und die akademischen Parteipolitiker, einestheils, weil ihr Denken und Fühlen sie treibt, der ihnen nahe stehenden Klasse zu helfen, andererseits, weil diese Agitation ein reiches Arbeitsfeld und auch nähere politische Erfolge bietet. Die Lohnarbeiter stehen der Agitation unter den Kleinbauern vollständig fern, da ihre Interessen durch dieselbe eher geschädigt werden.

So hängt die Zukunft der deutschen Gewerkschaften innig mit der politischen Taktik der Sozialdemokratie zusammen, und wir würden, wenn das Agrarprogramm in der vom Ausschuss vorgeschlagenen Fassung akzeptiert wird, das als einen Abweg von der proletarischen Kampfstrategie lebhaft bedauern, was auf der einen Seite vorübergehend gewonnen wird, das geht auf der anderen Seite, und zwar an grundsätzlichen Gehalte, unwiederbringlich verloren. Dann allerdings ist es ein Versehen, den Gewerkschaften jede Zukunft abzuspriechen, d. h. dieselben und ihre wichtigsten Interessen als momentan unbedeutend einfach links liegen zu lassen. Wir hoffen, daß dieses Extensionsbestreben der politischen Aktion schon an den klaren Klassengegenständen seine Grenzen findet, und in dieser Beschränkung dazu geführt wird, den Mangel an Betätigung durch erhöhte Intensität auf dem eigentlichen proletarisch-revolutionären Gebiete zu ersetzen. Nicht immer sind die politischen Konstellationen zu Vorstößen in Sachen des Koalitionsrechtes und der Vereins- und Versammlungsfreiheit geeignet, und gerade der gegenwärtige Moment bietet hierfür die geringsten Aussichten. Desto mehr ist in solchen Zeitverhältnissen die Defensivpolitik des Arbeiterschutzes zu wählen, die dann gewöhnlich um so aussichtsvoller ist, weil sich in solchen Situationen auch der wirtschaftliche Druck der Unternehmerklasse erhöht und so das Material für eine durchschlagende Verteidigung der Arbeiterschutzesforderungen in reicher Fülle liefert. Und wiederum bietet der Arbeiterschutz den wirtschaftlichen Kämpfen eine nachhaltige Förderung, da er das in den einzelnen Lohnkämpfen so mühsam Errungene für alle Zeit befestigt und solcherweise gesicherte Stützpunkte für weitere Erfolge schafft. Daher der regste Aufschwung der Gewerkschaften in die sog. Arbeiterschutzesära Ende der achtziger Jahre fällt, wo die Agitation für den Arbeiterschutz ihren Höhepunkt erreicht hatte und mit der Gewerbenozelle ihren Abschluß

fand. Auch die Arbeiterschutzespolitik hatte nur minimale Erfolge aufzuweisen — aber das durfte nicht die politische Aktion soweit entmutigen, diese Angelegenheit mit halber Energie weiterzuführen. Der Erfolg war in negativer Hinsicht eine Kräftigung der gewerkschaftlichen Bewegung, das Beste, was unter den Umständen zu erreichen war. Und sind es denn bloß die parlamentarischen Erfolge, die den politischen Kampf der Arbeiter erschweren? Hat doch gerade die Arbeiterbewegung binnen wenigen Jahren selbst ferngezogen und solcherweise den Boden für fernere Erfolge geebnet, Erfolge, die von revolutionärer Tragweite sich erweisen werden, als der von der politischen Aktion eingeleitete Bauernzug. Auch der Arbeiterschutz läßt sich auf's Land verpflanzen und die ländlichen Arbeiternachweise und Laiengerichte, der Kinder- und Arbeiterinnenschutz sind revolutionäre Forderungen, die allzeit die Zustimmung der gewerblichen Lohnarbeiter finden würden; für die staatliche Regelung des Bodenkredits dagegen sich zu begeistern, müssen diese den Akademikern überlassen.

Die Gewerbegerichtsgegebung allein hat den Gewerkschaften eine weite Reihe neuer Aufgaben zugeteilt, deren Erledigung hinwiederum durch die einzelstaatliche Vereinsgesetzgebung gehindert wird. Es handelt sich nicht bloß um die Wahl und Leitung der Interessensvertretung bei der Organisation der gewerblichen Rechtssprechung, sondern auch um den maßgebenden Einfluß auf die mit den Gewerbegerichten verknüpften Arbeiternachweise und Einigungsämter, die wichtige Positionen in den wirtschaftlichen Kämpfen bedeuten. Die Arbeiternachweisfrage wirkt schon jetzt ihre Schatten und die willkürliche Art und Weise, wie die Kommunen die hauptsächlichsten Forderungen der Arbeiter bei Seite schieben, trägt wenig zur Ermuthigung bei. Ja, es handelt sich in dieser Angelegenheit noch um viel mehr, um ein ganzes kommunalpolitisches Programm, dessen Mittelpunkt gewerkschaftliche Interessen sind, und dessen Forderungen, Normalstatuten für Arbeitszeit und Minimallohne bei öffentlichen und Gemeinbearbeiten, sowie für alle gewerblichen Betriebe im Gemeindebezirk, vorzugsweise die wirtschaftlichen Kämpfe begünstigen und die wirtschaftliche Stellung des Kapitalismus zu erschüttern geeignet sind.

Und doch ist es heute den Gewerkschaften nicht vergönnt, sich dieser ihren naheliegenden Aufgaben offiziell und mit aller Energie anzunehmen, wenn sie nicht auf die Zentralisation ihrer Kräfte verzichten wollen, d. h. die Lohnkämpfe selbst, die Praxis um der Theorie willen dem Unternehmertum preisgeben wollen. Und das darf unter keinen Umständen geschehen. So müssen sie diese hochwichtigen Angelegenheiten den zufälligen Impulsen öffentlicher gewerkschaftlicher Versammlungen überlassen und auf das zufällige Interesse der politischen Organisationen für diese Materien vertrauen, wodurch die Sache selbst natürlich wenig gefördert wird. Nicht

viel besser steht es mit der freiwilligen Mitwirkung an der Gewerbeaufsicht, die heute nothwendig von den mit den Gewerkschaften in keinem offiziellen Verkehr stehenden Gewerkschaftskartellen organisiert wird. So lange freilich den Gewerkschaften die zur Lösung dieser Aufgaben nothwendige Vereinigungs- und Bewegungsfreiheit fehlt, werden diese Aufgaben zwar nicht gänzlich vernachlässigt, aber doch nur unvollkommen erledigt werden können, und die Mitwirkung dieser Mängel auf die weitere Entwicklung der Organisationen wird nicht ausbleiben; die Gewerkschaften bleiben ein Spielball der Klassenkämpfe, statt dieselben machtvoll zu beherrschen und zu gestalten, arm an Mitgliedern, die durch theure Unterstüßungseinrichtungen zusammengehalten werden müssen, wobei die Unterstützung naturgemäß ersetzen muß, was anderenfalls im Kampfe den Gegnern abgerungen werden mußte, und reich an Kriegskosten, die ebenfalls dem Unternehmertum zur Last fallen müßten.

Je weiter die kapitalistische Entwicklung fortschreitet, desto unheilvoller erweist sich die juristische Trennung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Aktion, wenn nicht beide mit gleicher Energie dasselbe gemeinsame Ziel fördern.

Koalitionsfreiheit und Arbeiterschutz für alle Lohnarbeiter, darin ruht die Stärke und die Zukunft der Gewerkschaften. Der Arbeiterschutz ist nothwendig, um nicht nachher im ewigen Kampfe um den status quo die Kräfte verzehren zu lassen, die Koalitionsfreiheit, um den vereinigten Angriffskräften des Unternehmertums eine nach allen Seiten wohlgefügte und energisch wirkende Organisation entgegen zu stellen, und Beides kann zur Zeit nicht durch die Gewerkschaften, sondern nur durch die Gewerkschaftler und die politische Aktion errungen werden. Diese besonders hat die Pflicht, durch Erkämpfung völliger Bewegungsfreiheit für Beide die künstliche Trennung, die heute bereits zu einer Reihe von Mißverständnissen und Spannungen geführt hat, ein für allemal zu beseitigen und jene einheitliche politisch-wirtschaftliche Kampforganisation auszubauen und in's Feld zu stellen, deren Zukunft bis zum endgültigen Siege des Lohnarbeiterproletariats völlig sicher ist. Möge sie dieser Pflicht eingedenk sein.

### Sozialpolitisches.

**Zur glücklichen Lösung der sozialen Frage** hat auch die Handelskammer zu Gera (Neuh.) ihr bescheiden Theil beigetragen, indem sie beschloß, Medaillen für Arbeiter zu stiften. Warum nicht! Wenn die Medaillen recht groß und von Gold sind, wenn sie ferner recht häufig — etwa alle acht Tage — an alle Arbeiter vertheilt werden, dann ist diese Lösung der sozialen Frage schon des Schweiz's der Edlen werth.

**Krankenkassen und Apothekerrechnungen.** Der Verband der badischen Krankenkassen hat kürzlich in Freiburg i. V. getagt und es ist von Interesse für weitere Kreise, daß derselbe sich wiederum über die hohen Apothekerrechnungen beklagte und mit allen Mitteln dahin zu streben gedenkt, billigere Arzneipreise zu erzielen oder von den Apothekern einen Rabatt von

### Jean Cavalier, der Wäckergeßel.

Revolutionenführer der Lebendigen.

Nach dem Französischen von Aug. Heine.

(1. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

#### 3. Kapitel.

Die Protestanten auf den Galeeren, in den Gefängnissen und in der Bastille.

Um der heimlichen Auswanderung der Protestanten einen Damm entgegenzusetzen, wurden seitens der Regierung alle Straßen mit einem dichten Gürtel von Truppen besetzt und Schergenposten besetzt. Es war daher nicht leicht, die Grenzen zu überschreiten, und es gehörte große List und Kühnheit dazu. Was aber war das Loos der Vermissten, wenn sie bei der Flucht gefaßt wurden? Die allerhärteste Gefängnißstrafe war ihr Loos. Die Männer wurden auf die Galeeren geschickt. Nicht älter, nicht Starker konnte von diesem schrecklichen Loos befreit werden. Hochgeschickte Personen, Gelehrte, ehrwürdige Greise wurden angeklammert an die Ruderbänke und allen Anblicken der Welt ferngehalten, wo sie nichts weiter zu thun hatten, als die schweren Ruder behändig vor- und rückwärts zu bewegen. Unmöglich bewacht von dem Aufseher, welcher, mit einer schwarzen Ochsenpeitsche bewaffnet, solche nach seinem Gefallen auf die Schulter besessener Unglücklicher niederhauen ließ, ward er ihm nicht angekrengelt genug zu rudern laßen. Die Ruderbänke waren besetzt mit geronnenem Blute bedeckt.

Die Galeerenflaven waren an der Bank angeschmiebt, wo sie ihr Leben hindurchbrachten. Hier aßen sie, hier schliefen sie, ohne ihren Platz jemals wechseln zu können. Sie saßen in den Sigen und hatten keinen Schutz gegen Regen, Sonne, Wind, Nachtfröste oder Thau als ein Segeltuch, welches man über ihren Häuptern ausspannte. Dem Sturm waren sie ohne Schutz ausgeliefert. Hier nur als Beispiel das Schicksal eines armen Protestanten.

David von Caumont war fünfundsiebzig Jahre alt, als er in die Bastille geschickt wurde, selbst er erlag er nach wenigen Monaten.

Louis von Racoties, sein Lebensgefährte, war ein Mann von Standhaftigkeit und Tapferkeit. Seine Gefangenenshaft dauerte nur und selbst in der traurigsten Lebenslage blieb er ein Mann von Standhaftigkeit. Hier eine Stelle aus einem Briefe, den er an seine Frau schrieb: „Ich bin jetzt kein Mensch mehr, sondern eine Nummer. Wenn Du mich sehen würdest, mit meinen schmerzlichen

Hemde und meiner rothen Mütze, Du würdest lachen. Ich bringe ferner zwei Paar Strümpfe und zwei sehr harte, rauhe Hemden. Der eiserne Ring, welchen ich am Fuße trage, wiegt drei Pfund, dieser Ring, welcher den Fuß durch eine Kette mit der Ruderbank verbindet, belästigt mich mehr als das Halbeisen, mit welchem Du mich in La Tourneelle gefangen. Die Erhaltung von Unterleinen wird täglich mit 36 s bestritten.“ Dieser Unglückliche starb 1692 im Verbrecherhospitale zu Marseille.

Zu den Leiden, welche die unglücklichen Opfer der königlichen Willkür erleiden mußten, gehörte auch die infame Behandlung, welche sie seitens ihrer Peiniger zu erleiden hatten. Aber auch in den Gefängnissen, wo die Kerkerwirren eingekerkert waren, spielten sich die schrecklichsten Szenen ab. Vor Allem war es die Bastille, welche das unbeschreibliche Schauspiel menschlicher Grausamkeiten darbot. Die Kinder, getrennt von ihren Eltern, die Frauen, getrennt von ihren Männern, waren den brutalsten Mißhandlungen ihrer Kerkermeister ausgesetzt. Höllequalen, garnicht wiederzugeben, mußten die Vermissten erdulden. Diejenigen Gefangenen, bei welchen die Kerkermeister noch einige Geldmittel voraussetzten, wurden dem Hunger und dem Durst so lange preisgegeben, bis das letzte Geldstück und die letzte Nothbarkeit in den Händen ihrer Peiniger war. Bei der geringsten Klage eines Gefangenen waren Prügel seine Antwort, oder man hing ihn mit den Armen an den Eisengittern des Fensters auf und ließ ihn oft zwei Tage in diesem Zustand hängen. Viele dieser Unglücklichen wurden wahnsinnig, andere wählten freiwillig den Hungertod.

Stärkere Naturen wollten nicht ohne Rache sterben. Sie empörten sich offen gegen die Kerkermeister, in der Hoffnung, ihre unmenslichen Peiniger zu tödten oder von ihnen getödtet zu werden.

Die eingekerkerten Protestanten waren so zahlreich in der Bastille und alle Räume derselben waren herabig überfüllt, daß bald ansteckende Krankheiten ausbrachen. Hätten solche nur die armen Gefangenen ergriffen, so hätte man sich wohl nicht viel daraus gemacht, allein auch Kerkermeister wurden davon heimgeführt; die Seuche kreierte sich aus, und man entschloß sich, etwas dagegen zu thun. Der Polizeidirektor de la Reynie wurde dazu ausersehen, gegen die Seuche anzukämpfen. Er ließ sich daher sämtliche Gefangene einen nach dem anderen vorstellen und schickte alle Schwachen, Alten und Kranken in andere Gefängnisse des Königreichs, wo solche bald vergessen wurden und schnell starben. Nur einige Wenige ertrugen die Leiden länger. So zum Beispiel eine Dame, Namens Waller, und ihre drei Töchter, deren einziges Verbrechen darin bestand, daß sie sich heimlich einen Paß zu verschaffen gesucht hatten. De la Reynie ließ sie nach dem gefürchteten und ungelundeten

Gefängniß des Städtchens Vort de l'Arche transportieren. Die Mutter starb erst zwölf Jahre später, ihre drei Töchter überlebten sie nicht lange.

Wir können selbstverständlich nur wenige Beispiele der Leiden der protestantischen Gefangenen anführen. Glücklich waren diejenigen, welche bald durch den Tod befreit wurden; doch wollen wir einige Bilder dieser Schreckensperiode vorführen; wohl zu bemerken, daß ich nur historisch beglaubete Thatsachen anführe.

In den ersten Tagen der Verfolgungen hatte der protestantische Geistliche von Rouen, Namens Cardel, Frankreich verlassen. Er kehrte jedoch bald wieder heimlich aus England zurück, um seinen bedrängten Glaubensgenossen mit Rath und Trost zur Seite zu stehen. Die Polizei war ihm unaufhörlich auf den Fersen, ohne ihn aber ergreifen zu können. Er hielt sich in Paris heimlich bei einem gewissen Bischof auf, dessen Schwester Angelika Bischof den Protestantismus abgeworren hatte, um ihr Leben zu retten. Angelika Bischof war die Braut eines protestantischen Arztes, Namens Bernier. Der protestantische Geistliche Cardel hatte versprochen, Heide zu trauen. Dieses konnte natürlich nur heimlich und nachsichtigerweise stattfinden. Als Cardel jedoch um Mitternacht bei Fräulein Bischof eintrat, wurde er von Polizeibehörden umringt und alle Betheiligten in die Bastille geschleppt. Angelika erhielt eine Stelle in der zweiten Etage des Brunnenthurms. Bernier wurde ganz oben in demselben Thurme untergebracht. Keiner wußte, wo der Andere geblieben, allein Angelika sang — um den ihrigen Nachricht zu geben — Psalme, wodurch Bernier erfuhr, daß sich seine Braut in demselben Thurme einige Etagen tiefer befand, denn er erkannte sofort die Stimme der Geliebten. Es gelang Bernier, von einem Ausschier Tinte, Feder und Papier zu erlangen; er schrieb einen Brief an Angelika, verfertigte aus seinen Strümpfen einen genügend starken Faden und ließ den Brief aus seinem Fenster hinab. Angelika ergriff diesen und beantwortete die Botschaft, indem sie mit einer Haarnadel auf den Rand eines Blattes aus ihrem Gebetbuch schrieb und das Blättchen festband, welches auch Bernier glücklich heraufzog. Das Gebetbuch war ein katholisches, welches man ihr zur Bekleidung gegeben hatte. Beide Unglückliche, welche sich nicht zu erblicken vermochten, hatten so wenigstens ein Mittel gefunden, ihre Tschaf in etwas zu erleichtern, und schickten sich so glücklich, als es ihre Lage erlaubte. Unglücklicherweise gewährte jedoch der Gouverneur eines Tages, als er im Garten spazieren ging, diese fliegende Botschaft. Das Verbrechen war groß, denn nicht allein, daß die Gefängnisordnung jede Korrespondenz unter den Gefangenen verbot, sondern es kam auch noch als erschwerender Umstand hinzu, daß die Verbrechensgelehrten Angelika's auf den Rand eines katholischen Gebetbuchs geschrieben waren.

(Fortsetzung folgt.)

ambedeutend 20 Pkt. zu erlangen. Es wird aber eines gemein- samen Vorgehens aller Krankenkassen bedürfen, um etwas Er- gebliches zu erzielen, oder es wird bei einer Neuordnung des Apothekervereins im Reich besondere Rücksicht auf die Kranken- kassen genommen werden müssen.

## Gewerkschaftliches.

\* Der Uebermutz der Innungsproben scheint jetzt gar keine Grenzen mehr zu kennen. Einen geradezu heraus- fordernden Artikel läßt der uns wohlbekannte Herr W. aus Hamburg in der Neujahrsnummer der „Wäntzer'schen Wäntzer- zeltung“ los, unter der Marke: „Unsere sozialdemokratischen Ge- sellen.“ Kundschäft bricht der Herr in die bekannten Lobhudeleien des Germanenvertrages aus, wie derselbe besteht sei, die be- rechtigten Wünsche der Gesellen zu erfüllen und ein gutes Verhältnis zwischen Meister und Gesellen anzubahnen und zu erhalten, und führt sodann bittere Klage darüber, wie trotzdem im Gesellenblatt und Flugblättern die von Arbeiterfreundlichkeit freyenden Meister nur „beständig verhöhnt, angegriffen, ver- dächtigt und beleidigt werden.“ Sodann besteht es dem Herrn, die von uns so oft und öffentlich gerügten Uebelstände in den Wäntzeren als ganz gemeine Klagen hinzuzufügen und läßt als Beweis hierfür an, daß kein vernünftiger Mensch derartige Uebel- stände für möglich halten könnte. Da möchten wir den Herrn doch an die speziell in Hamburg von Seiten der Behörden vor- genommene Revision der Schmutzhöhlen von 78 Hamburger Wäntzeren erinnern, welche im Jahre 1894 auf unsere Anzeige vorgenommen wurde, und die trassierten Uebelstände zu Tage förderte, so daß in einem Theile derselben oft durch energisches Eingreifen der Behörden Abhilfe geschaffen werden mußte. Herr W. glaubt ferner nicht, daß es Wäntzeren giebt, in denen die Arbeiter kein anderes Waschgefäß haben, als die zum Wäntzerbetrieb benutzten Eimer und schreibt: „Ein solches Schw... das sich im Wäntzer wäscht, wird jeder Meister ohne Weiteres aus dem Hause werfen!“

D, diese Sauberkeit liebenden Wäntzermeister!! Hat Herr W. schon die Gerichtsverhandlung gegen den Wäntzermeister Kanderer, Hamburg, Vorderstraße, vergessen, wo unabweislich festgestellt wurde, daß in dessen Wäntzer die schreiendsten, durch ihn selbst verurtheilten Uebelstände existierten? Im Uebrigen fordert der Herr, daß die Namen der Wäntzeren öffentlich genannt werden sollen. Wir können ihm nur sagen, daß dies bereits in jeder Versammlung geschieht, und sobald wieder eine Statistik über die Uebelstände in den Wäntzeren ver- öffentlicht wird, wird auch unabweislich dieser Wunsch beach- tet werden. Doch den Schlußsatz dieses Neujahrsgrußes wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Er lautet:

„Ferner stellen sich diese sozialdemokratischen Gesellen offen als die unverzeihlichen Feinde der Meisterkraft hin. Selbst „Gewissen“ sind sofort ihre Gegner und Feinde, sobald sie Meister werden. Ausnahmen giebt es nicht. Ist der Meister noch so human gegen seine Gesellen, er ist Meisterprophet und wird bekämpft. Und doch ist der Geselle ebenso auf den Meister angewiesen, wie der Meister auf die Gesellen.“

Wie nun, wenn der Meister sagt: „Ich will in meinem Hause keinen mir feindlich gesinnten Gesellen!“ Und wenn eine größere Zahl Meister dies nicht nur denken, sondern auch ausführen und wenigstens solche Gesellen fern von ihren Werkstätten halten, die in Wort und Schrift die Forderungen verbreiten, — kann man den Meistern vom menschlichen Standpunkte aus dies verübeln?

Wir rathen, die Verheerung nicht zu weit zu treiben, sonst könnte das vorhin Gesagte leicht eintreten. Man droht auch mit Streik und dem Koalitionsrecht. Dieses Recht haben auch die Meister, und daß sie sich gegen Unbilden zu schützen wissen, haben sie bewiesen.“

Soll das eine offene Drohung oder Herausforderung sein? Hat Herr W. schon vergessen, daß hauptsächlich er nur durch Arbeiterpropheten und durch die Unterwürfung der Arbeiter groß geworden! Will Herr W. den Arbeitern jede freie Meinungs- äusserung verbieten und Jedem, der anders denkt, als er, mit der Hungerpeitsche drohen?

Wir möchten dem Herrn die Frage vorlegen, wie er darüber denkt, wenn die organisirten Wäntzerarbeiter dann ihre Klagen- genossen anderer Branchen erlöchen, die Wäntzeren zu weiden, welche ihren Gesellen verwehren, ihre Meinung frei und offen zu äußern! Wer würde dann den Kürzeren ziehen?

Im Uebrigen freut es uns, Herr W., daß sie die Gesellen- zeitung so fleißig lesen, um über alle Vorgänge im Gesellen- lager unterrichtet zu sein, möchten uns aber die Frage erlauben, wo sie dieselbe zu lesen bekommen, da Sie weder Mitglied des Verbandes der Wäntzer Deutschlands noch Abonnent sind?

\* Mit warmem Eifer beobachtet man jetzt von oben herab die Bewegung unter den Kollegen. Nachdem schon vor längerer Zeit der Kollege K. Hamburg eine Anzeige wegen öffent- licher Verleumdung, begangen in einer Wäntzerversammlung in Hamburg, erstelt, bekam jetzt auch Kollege A. Hamburg eine ähnliche Anzeige zugestellt. Uns kann's recht sein! Wird doch endlich einmal Gelegenheit geboten werden, öffentlich vor Gericht die allbekannte Sauberkeit in den Wäntzeren, sowie die jamo- re Einhaltung der Sonntagsruhe genügend an den Pranger zu stellen.

\* Ein Beitrag zum Kapitel: „Uebelstände in den Wäntzeren“ wurde in Hamburg am Sonntag, den 5. Januar, in einer Volksversammlung geliefert. Wurde da ein tierisches Kästchen herangeführt, worin sich ein Hundstüß (Witzbrot) befand, in welchem ein großer Drahtnagel, so lang wie das Hundstüß, steckte. Das Hundstüß war in der Wäntzeri eines der ersten Innungsgehenden gebildet worden, welcher seine Ge- sellen gemaßregelt hatte, als sie von ihm verlangten, die Betriebs- räume der Wäntzeri durch eine von den Arbeitern gewählte Kommission in Bezug auf ihre Sauberkeit kontrollieren zu lassen. Wie nötig eine derartige Kontrolle ist, bewies dieser Vorfall der Versammlung deutlich genug. Aber auch andere Missethaten, sogenannte Schwaben und andere tierische Käser und Wärmer sollen in letzter Zeit in den Wäntzeren der Herren, welche ihre sozialdemokratischen Gesellen auf das Straßenpflaster warfen, gefunden sein. Würden die Herren sich mehr um Vertilgung des Ungeheuers in ihren Werkstätten, als um die Befestigung ihrer Arbeiter kümmern, es würde für unser Handwerk jeden- falls von Vortheil sein.

\* Daß es auch noch Kollegen giebt, die fähig sind, die gentilschen Denunziationen wider ihre für sie kämpfenden Kollegen fertig zu bringen, zeigt Folgendes: Kollege K. Hamburg suchte einen Rouegen auf, welcher bei einem bespotzten Meister arbeitet, und erinnerte denselben an sein Versprechen, mit in den Verband einzutreten und mit Beiträgen zur Unterstützung der Gemahregelten. Derselbe versprach auch, mit eingetreten

für die für ihre Ueberzeugung Gemahregelten und — ging zur Staatsanwaltschaft und denunzierte Kollege K. wegen Erpressungs- versuchs. Puff!

\* In der statistischen Abhandlung der Münchener Konditorgehülfen (Nr. 26 der „Einigkeit“) ist enthalten, daß die Wäntzergehülfen in München als Gegenlag zu den Konditor- gehülfen einen Mindestlohn von M. 10 bei Kost und Logis haben. Dieses ist unrichtig. Der Mindestlohn im Münchener Wäntzer- gewerbe bei Kost und Logis ist M. 2.30. Der Lohn von M. 10 als Höchstlohn wird von den Wäntzergehülfen nie, von den Wäntzern dagegen in sehr vereinzelten Fällen erreicht. Dabei herrscht in München in manchen Betrieben noch eine Arbeitszeit von über 15, ja bis zu 19 Stunden pro Tag.

J. G. S. Winkler,

Vertrauensmann der Münchener Wäntzergehülfen.

\* Unsere Kollegen in London rüsten sich jetzt gewaltig für den Kampf zur Erringung des Neunstundentages. Zahlreiche Versammlungen fanden in letzter Zeit dort statt, in welchen von allen Rednern für den Streik im kommenden Frühjahr eingetreten wurde. Die Organisation unserer dortigen Arbeitsbrüder hat erheblich an Mitgliederzahl zugenommen und hoffen wir, daß der Kampf ein siegreicher für die Arbeiter wird. Unseren deutschen Innungspropheten wird wohl ein Grausen überlaufen, wenn sie an die Möglichkeit denken, die unentsündliche Arbeitszeit im Wäntzer- gewerbe einführen zu müssen, und sie werden sich freuen, daß sie im lieben Deutschland sind, wo man von Seiten der Regierung noch zaghaft ist, die zwölfstündige Arbeitszeit einzuführen.

## Versammlungen.

(Die Schriftführer werden ersucht, schmales Papier zu gebrauchen und auf einer Seite zu beschreiben.)

Lübeck. Am Sonntag, den 5. d. M. fand die übliche Monatsversammlung statt. Zur Tagesordnung stand: 1. Ber- einskangelegenheiten. 2. Neuwahl des gesammten Vorstandes. 3. Bericht vom Kartell. 4. Fahnenangelegenheit. 5. Ver- schiedenes. Nachdem die Beiträge entrichtet waren, legte Kollege Neubauer die Abrechnung von den letzten Monaten, sowie Bericht über die Abrechnung der Anwesenden vor. Zweck Prüfung wurden zwei Kollegen zu Revisoren gewählt, welche die Kasse und Bücher in den nächsten Tagen revidieren sollten. Darauf ging man zum zweiten Punkt der Tagesordnung über. Der Vorstand wurde nach verschiedenen Vorschlägen wie folgt, ge- wählt: A. Weg, erster Vorsitzender, J. Bock, Kassierer, Ulrich, Schriftführer, J. Jodeith, Beisitzer, Thiemann und Nagel, Revi- soren, Breithaupt, Bibliothekar. Zu stellvertretenden wurden Büchling und Jodeith gewählt; Stellvertreter Thiemann und Neubauer. Zu Punkt 3 erklärte Büchling als Delegierter vom Kartell, daß im letzten Monat nur eine Versammlung ab- gehalten worden, worin nichts Wichtiges verhandelt sei; zu er- wähnen sei nur „Die Lohnkreisfrage“, welche für uns weiter nicht von Bedeutung ist. Sodann ging man zu Punkt 4 über. Es wurde der Vorstand beauftragt, eine Fahne, wie dieselbe uns von der Firma Gröbenberg in Nürnberg angekauft worden ist, zu bestellen, im Preise zu M. 150 mit Zubehör, jedoch ohne Fahnenstange. Die Fahne wird auf der einen Seite roth, auf der anderen Seite blau, versehen mit der Aufschrift: „Durch Kampf zum Sieg.“ Verband deutscher Wäntzer, Bahnhofs Lübeck, gegründet 1892.“ Darunter zwei verschlungene Hände. Zu „Verschiedenes“ ist zu erwähnen, daß der Botenposten ein- gegangen ist. Die Mitglieder erhalten ihre Zeitung von Lübeck aus durch die Post zugesandt, vielfach auch durch Gelegenheit zugesandt. Der Beitrag wird in den Versammlungen entrichtet. Gegen 6 Uhr wurde die Versammlung, die gut besucht war, mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Arbeiter- bewegung geschlossen. — Sollten einige auswärtige Kollegen geneigt sein, einen Beitrag zur Fahne zu geben, so sei erwähnt, daß Briefmarken in Zahlung genommen werden.

## Eingefandt.

Gera, im Dezember 1895.

Wie die Leser unseres Fachblattes aus dem letzten Ver- sammlungsbericht ersehen haben, hat sich die hiesige Polizei- behörde bewegt gefühlt, die hiesigen Bregelbäckereien einer genauen Kontrolle behufs Innehaltung der Sonntagsruhe zu unterziehen, und sind ja auch verschiedene Innungsgehenden zur Anzeige gebracht worden. Wie unvorsichtiger diese Herren den kontrollierenden Beamten gegenüber waren, beweist folgendes Beispiel: Der hiesige Wäntzermeister, Namens Dojad, erklärte nämlich, als der kontrollierende Beamte Sonntags Nachmittags 3 Uhr erschien und fragte, ob er die gesetzlichen Bestimmungen der Sonntagsruhe nicht kenne und wie er dazu komme, seinen Lehrling um diese Zeit noch zu beschäftigen? „Ja, ich arbeite mit so viel Bauer, daß ich im Stande bin, die Arbeitszeit bis Abends 7 Uhr auszubehnen, ohne das Gesetz zu übertreten.“ Nun, wir möchten beinahe sagen, uns ist noch nichts so lächer- lich vorgekommen, als diese Aeußerung, und gebolten hat sie trotzdem nicht, denn bestraft wurde er gerade so gut wie die Andern. Wir sind ja ganz zufrieden mit der Maßnahme der Polizeibehörde, ja, wie uns von kompetenter Seite versichert wird, soll sogar in nächster Zeit eine Revision sämtlicher Schafställen und Arbeitsräume vor sich gehen, wenn's wahr wird??? Die Herren Innungsgehenden sind ja nun gewaltig über all dieses in Harmuth gerathen, ja, obgenannter Herr ist gegenwärtig dabei, eine Petition an die hiesige Verwaltungs- behörde vorzutreiben und sucht gegenwärtig Propaganda für dieselbe unter seinen Herren Kollegen zu machen.

Nun, gönnen wir diesen Leuten das Vergnügen; wir sind ihnen schon zuvorgekommen, indem wir uns an die hiesige Polizeibehörde wegen der vielen Uebertretungen beschwerde- führend gewandt haben, mit dem Erlauchen, auf die hiesigen Wäntzeren an Sonn- und Festtagen ein besonderes Augenmerk zu richten. Sollte dieses ohne Erfolg bleiben, vielleicht hilft dann eine öffentliche Bekanntmachung der Namen dieser Herren, die die gesetzlichen Bestimmungen nicht respektieren, im hiesigen Arbeiterblatt. Die Herren Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereiner haben es sich nicht vertragen können, die Maßnahme der hiesigen Polizeibehörde auf ihr Konto „Arbeiterfürsorge“ zu schreiben, nun werden ja bald, um mit Herrn Lehrer Kalb zu reden, die Arbeiter in hellen Scharen zu den Gewerksvereineren über- treten und unsere hier bestehenden gewerkschaftlichen Organi- sationen auf dem Aussterbe-Etat angekommen sein.

Doch nur gemacht, Ihr Herren. Die vom hiesigen Gewerk- schaftskartell beschlossene Aufnahme einer Statistik über die Stärke der hier bestehenden Organisationen wird Euch beweisen, was für einen großartigen Rückgang wir innerhalb derselben

zu verzeichnen haben. (Die Organisation der Zeitarbeiter, nur beiläufig bemerkt, ist in diesem Jahre von 200 bis auf 500 zurückgegangen, gemäß ein Rückgang, mit dem wir ganz ent- schieden zufrieden sein können, und ebenso wird sich das Ver- hältniß in anderen Organisationen gestalten.) Die hiesige Mit- gliedschaft glaubt sich seiner Ueberhebung schuldig zu machen, wenn sie behauptet, die oben genannte Maßnahme der Polizei- behörde ihrer unermüdblichen Agitation zu verdanken, denn von Seiten der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereiner unserer Sprache haben wir noch nicht gesehen, daß dieselben in einer öffentlichen Versammlung, wo es sich darum gehandelt hat, die bestehenden Uebelstände öffentlich an den Pranger zu stellen, nicht ein Einziger anwesend war. Am besten kennzeichnet wohl diese Leute, daß sie nicht einmal so viel Courage besitzen, ihren Namen unter die Petition für den zwölfstündigen Maximalarbeitstag zu setzen. Man könnte sich ja auch nach oben hin unlesbar bemerkbar machen, und da' muß man ja vor allen Dingen vermeiden. Es ist ihnen ja nur die vielgepriesene „Harmonie“ zwischen Arbeit- geber und Arbeitnehmer zu thun. Wir natürlich scheuen die Wahrhaftigkeit nicht und treten ein für den Wahlspruch: „Für Wahr- heit und Recht.“ Wir sind nicht gewöhnt, wie die Herren Gewerksvereiner, zu bitten und zu betteln, sondern wir ver- langen unser gutes Menschenrecht. Zu dieser Einsicht scheinen auch die Herren Innungsgehenden hier gekommen zu sein, denn nachdem sich das Gewerkschaftskartell mit der von den Herren geplanten Maßregelung beschäftigt hat, scheint ihnen so ziemlich die Lust zur Ausführung ihres Planes vergangen zu sein, denn sie scheinen schon zu merken, daß der Wind aus den Reytouren der hiesigen Arbeiterkraft weht, und die läßt bekanntlich nicht mit sich spaßen, wenn es sich um Vernichtung ihrer gegründeten Organisationen handelt. Für die hiesige Mitgliedschaft wird dies aber der Ansporn zu neuem Ringen, zu neuem Kämpfen im Jahre 1896 sein, und um so feher rufen wir in Zukunft zu unserer Organisation, dem Verbände der Wäntzer und Berufs- genossen Deutschlands. Dies hofft und wünscht auch den Kollegen andrwärts

Wilhelm Kalb.

Berlin, Anfang Januar.

Am Sonntag, den 16. September d. J., gingen die Kollegen Scholz und Wilde die Berliner Wäntzeren kontrollieren, um zu sehen, wie die Verordnungen über die Sonntagsruhe eingehalten werden. Als wir um 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr in der Elbstrasse waren, sahen wir durch das offene Fenster der Wäntzeri Mitte, daß daselbst noch gearbeitet wurde. Als ich nun den dort arbeitenden Gesellen zur Hand stellte, fing derselbe an, wehlich auf die Gesetze und die organisirten Arbeiter zu schimpfen. Ich ging in den Laden und fragte die Frau Ritter, ob ihr bekannt sei, daß in der Wäntzeri noch gearbeitet würde, worauf sie zur Antwort wurde, das sei der Konditor, und unter verschiedenen liebenswürdigen Redensarten wurde mir die Thür gewiesen. Die Sache wurde nun der Polizei angezeigt und erhielt Herr Ritter einen Strafbefehl über M. 10 eventuell zwei Tage Haft. Der Herr beantragte richterliche Entscheidung, und fand am 16. Dezember Termin statt, wo der Arbeitgeber ganz entschieden bestritt, daß in seiner Wäntzeri Sonntags länger als bis Morgens 8 Uhr gearbeitet wird. Unterzeichnet, als Beuge erschienen, sagte aus, daß alle drei dort beschäftigten Arbeiter an dem betreffenden Sonntag bei der Arbeit gewesen seien, und nannte auch ausführlich die Arbeiten, bei welchen er die Arbeiter an- getroffen habe. Der Werkmeister war vor'm Backofen be- schäftigt, der zweite Geselle trug ein Faß Mehl und der dritte belegte einen Pflaumenkuchen.

Herr Ritter hatte den bei ihm beschäftigten Gesellen Sch. als Entlastungszeugen mitgebracht; derselbe konnte aber nur die Aussagen des Unterzeichneten bestätigen, äußerte jedoch die sonderbare Ansicht, daß Mehltragen und Kuchen- belegen keine Arbeit sei (was mag der betreffende Kollege wohl unter Arbeit verstehen?? Die Red.), worauf ihm der Richter ausführlich das Gegentheil vorlegte. Nachdem Herr Ritter auch jetzt den Einspruch gegen das Strafmandat noch nicht zurückzog, verurtheilte ihn das Gericht zu M. 5 Strafe und Tragung der Gerichtskosten.

Ob sich der Herr nun zufrieden geben wird und mehr Achtung vor Einhaltung der Sonntagsruhe besitzt?

Wilhelm Wilde.

Frankfurt a. M., Anfang Januar.

Bekanntlich war von der hiesigen Mitgliedschaft und dem Gesangverein „Viederblüthe“ beschlossen worden, gemeinschaftlich einen Reichwachtsball abzuhalten. Aus ganz wichtigen Gründen trat jedoch der Gesangverein von diesem Beschluß zurück, jedo- falls glaubte derselbe, den Ueberbruch eines solchen Festes allein einzunehmen zu wollen. Da hatten die Herren sich aber ein wenig verrechnet, denn die Mitgliedschaft beschloß, den Ball allein abzuhalten, und fand derselbe auch am 26. Dezember (wo wir Bruchmacht haben) statt, und war bis auf den letzten Nagel besetzt.

Das Fest verlief in schäufster Harmonie, jedoch liegen es sich einige Strecker nicht nehmen, Nadeln zu schlagen und wurden aus dem Lokal gewiesen. Sehr bedauernd war da das Verhalten des Vorstandsmitgliedes J. Bock. Wüthend wurde der Herr die Ruhepöcker wieder herein, damit von Neuem Unruhe gestiftet werden sollte.

Meiner Meinung nach gehört derselbe gehörig an den Pranger gestellt, denn wenn Vorstandsmitglieder, anstatt zur Ordnung zu stehen, die Ruhepöcker noch unterstützen, so haben sie nichts Anderes verdient. Jedenfalls wird der nächste Ver- sammlung Stellung hierzu nehmen. Auch sind verschiedene Handlungen des Kollegen Bock darnach, daß ich glauben will, derselbe treibt solches Spiel mit uns; da er selbstständig ist und keine Kundschäft sich nur aus Arbeiterkreisen rekrutirt, kann es mir, als hätten ihn nur Geschäftsrückichten getrieben, in unseren Reihen anzuklopfen. Jedenfalls hat die nächste Mit- gliederversammlung über diese Handlungsweise zu urtheilen, und deshalb ersuche ich alle Mitglieder, pünktlich dort zu erscheinen.

J. Bock

## Ein Wäntzerfest in Hamburg.

Der unter dieser Marke erschienene Sprechsaalartikel ocean- licht mich, einen Theil desselben in das richtige Licht zu stellen. Steht da nämlich geschrieben: „Will der Herr ein Fest der Mehrzahl der Hamburger Gesellen sehen, so möchten wir ihm rathen, am 8. Januar das Stiftungsfest der Liedertafel „Amicitia-Concordia“ zu besuchen, wo — wie in den letzten Jahren — annähernd 1200 Personen anwesend sind. Aber rathen möchten wir dem Herrn, sein Taschentuch nicht zu vergessen, damit er sich die Thränen abtrocknen kann, wenn auf diesem Wäntzer- festelbst die Klänge des Sozialdemagogischen und anderer freizeithlicher Lieder erklingen.“

